

Allein gelassen im Kinderzimmer

Verbände fordern, jungen Menschen trotz Corona mehr soziale Kontakte zu ermöglichen

Die Münchner Träger der Bildungs- und Jugendhilfe schlagen Alarm: „Viele Kinder und Jugendliche kommen mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nicht mehr zurecht“, sagt die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (Arge Freie) und Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt, Julia Sterzer. „Die Kinder fühlen sich abgehängt durch den Distanzunterricht, mit dem sie nicht klarkommen, weil sie kein eigenes Zimmer haben und die Eltern sie nicht unterstützen können. Die Kinder fühlen sich als totale Looser. Sie finden keinen Anschluss mehr und sind nicht mehr erreichbar.“ Die Forderung, jungen Menschen mehr soziale Kontakte zu ermöglichen, wird auch von Bürgermeisterin Verena Dietl (SPD) und Sozialreferentin Dorothee Schiwy (SPD) unterstützt.

In einem gemeinsamen Papier haben jetzt die Arge Freie, der Kreisjugendring und der Münchner Trichter eine ganze Reihe von Lockerungen bei den Kontakt- und Bildungseinschränkungen gefordert, um weitere Entwicklungsschädigungen zu verhindern. Kinder und Jugendliche bräuchten die Peergroup, also den Umgang mit Gleichaltrigen, gerade während der Pubertät, um die Ablösung aus dem Elternhaus, Verselbständigung, Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsfindung zu meis-

tern. Die Bildungs- und Jugendhilfeträger fordern deshalb den Freistaat auf, die Kontaktbeschränkung auf zwei Haushalte für Kinder und Jugendliche – zumindest im Freien – aufzuheben und auf zumindest fünf Personen zu erweitern. „Alle jungen Menschen müssen sich draußen in kleinen Gruppen treffen dürfen, um ihren vielfältigen Interessen nachgehen zu können.“

Viele Kinder und Jugendliche entwickeln Angststörungen und Depressionen

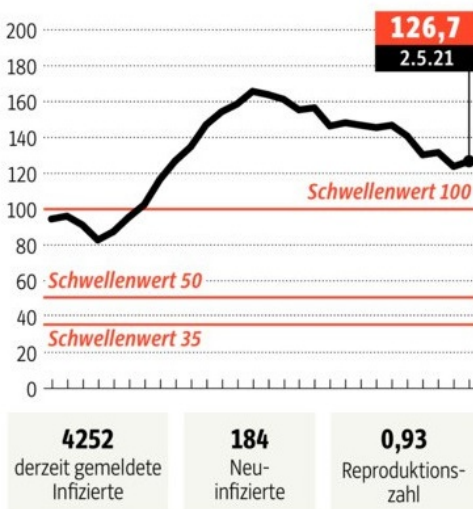
Der eingeschränkte Schulunterricht führe zu einem Bildungsdefizit und zu Bildungsungerechtigkeit, warnen die Verbände und Jugendhilfeträger. Besonders betroffen seien die Kinder von Flüchtlingen und Wohnungslosen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben. „Zwar gibt es dort jetzt WLAN, aber das bricht unter der Belastung immer wieder zusammen“, sagt Julia Sterzer. „Die Situation ist höchst dramatisch, wir haben die Sorge, dass viele den Anschluss nicht mehr finden werden und der Analphabetismus zunimmt.“ Die Verbände fordern deshalb vom Freistaat, dass auch in Bayern die Schulen für den Präsenzunterricht bis zu dem bundesweit festgeschriebenen Inzidenz-Wert von 165 ge-

öffnet bleiben. Je nach räumlichen Voraussetzungen müsse zumindest Wechselunterricht für alle Jahrgangsstufen angeboten werden.

Außerschulische Angebote, wie offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Kulturarbeit und Vereinssport müssten mit Hygienekonzept und Abstandsregelungen möglich bleiben. „Testen und Treffen“ solle jungen Menschen wieder Begegnung, Ausgleich und gemeinsame Freizeiterlebnisse ermöglichen. Kinder und Jugendliche seien als Experten in eigener Sache in die Entwicklung von Lösungen einzubeziehen, fordern die Verbände. „Die Zielgruppe wird vom Freistaat vergessen“, kritisiert Sterzer. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie verzeichne eine extrem hohe Nachfrage und habe nicht mehr genügend Plätze, um Kinder wegen Essstörungen, Suizidversuchen, Alkohol- und Drogenkonsum Therapie bieten zu können. „Es ist sehr besorgniserregend. Viele Kinder und Jugendliche kommen mit der Pandemie-Situation nicht mehr zurecht, entwickeln Angststörungen und Depressionen“, betont Julia Sterzer. Die Ergebnisse von Studien zu den negativen Auswirkungen seien erschütternd, erklärte Bürgermeisterin Verena Dietl. Kinder und Jugendliche bräuchten dringend mehr Kontaktmöglichkeiten. **SVEN LOERZER**

Die Sieben-Tage-Inzidenz in München

Neuinfektionen in den vergangenen sieben Tagen je 100 000 Einwohner, dargestellt über vier Wochen



Die Inzidenz-Zahlen vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) und Robert-Koch-Institut (RKI) können abweichen; für die Stadt München ist der jeweils höhere Wert maßgebend.

SZ-Grafik; Quelle: RKI, LGL, Stadt München



„Die Kinder fühlen sich abgehängt durch den Distanzunterricht“, sagt Julia Sterzer, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt.

FOTO: UTE GRABOWSKY, IMAGO